

Zürcher Kantonsrat

bto

Der Regierungsrat ist wieder vollzählig Neuer Anlauf der CVP zugunsten höherer Kinderzulagen Forderung nach höheren Kinderzulagen Fortsetzung der Diskussion

103. Sitzung, Montag, 23. Mai, 8 Uhr 15
Vorsitz: Präsident Hans Peter Frei (svp., Embrach)

Amtsgelübde von Hans Hollenstein

bto. Der Rat erwahrt die Ergebnisse der Ersatzwahl in den Regierungsrat vom 10. April und bestätigt damit die Wahl des bisherigen Winterthurer Stadtrates Hans Hollenstein (cvp.). Der 56-Jährige leistet das Amtsgelübde. Der vollzählig anwesende Regierungsrat zieht sich zur Verteilung der Direktionen zurück.

Zwei Wahlgeschäfte

Der Rat wählt auf Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz Adrian Bergmann (svp., Meilen) in die parlamentarische Kommission für Planung und Bau. Das SVP-Mitglied Erich Gräub (Adlikon) wird ebenfalls auf Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz als Ersatzmitglied des Sozialversicherungsgerichtes gewählt.

Mit einer parlamentarischen Initiative versucht Blanca Ramer (cvp., Urdorf) zu erreichen, dass die Kinderzulagen von 170 Franken für Kinder bis 13 Jahre beziehungsweise 195 Franken künftig auf ein Fünftel beziehungsweise ein Viertel der vollen ordentlichen Mindestrente der AHV steigen. Blanca Ramer erinnert daran, dass der Vorschlag vor einem Jahr durch ein Zufallsmehr abgelehnt wurde, damals als Gegenvorschlag zu einer weiter reichenden Volksinitiative. Die Verbesserung der Situation der Familien ist uns ein grosses Anliegen. Werner Bosshard (svp., Rümlang) erinnert daran, dass die Kinderzulagen unlängst erhöht worden sind und dass das Volk im September 2004 die genannte Initiative abgelehnt hat. Die CVP erweist sich als resistent gegen Volksentscheide. Konkret würde die Zulage nach CVP-Vorschlag 220 Franken pro Monat für Kinder bis 13 Jahre und 270 für diejenigen darüber bedeuten. Wir lehnen die Initiative ab. Cécile Krebs (sp., Winterthur) fordert eine Unterstützung als Zeichen des Kampfes gegen Familienarmut.

Regine Sauter (fdp., Zürich) gibt bekannt, dass die FDP-Fraktion die Initiative ablehnt. Was die CVP macht, ist kindliche Polit-Zwängerei. Hören wir auf, Geld mit der Giessskanne zu verteilen, und setzen wir dort an, wo es etwas nützt. Hans Fahrni (evp., Winterthur) bezeichnet den Vorschlag als einfach und sehr gut durchführbar. Wir würden die Zulagen gern noch stärker erhöhen. Studien belegen, dass Kinder ein Armutrisiko sind. Ralf Margreiter (gp., Zürich) redet von vergeblicher Liebesmüh, weil auf Bundesebene beschlossen ist, die Prämien im Land zu vereinheitlichen.

Hollenstein ist neuer Finanzdirektor

Der Präsident unterbricht die Verhandlung, um eine Erklärung des Regierungsrates zu verlesen. Dieser hat nach kurzer Beratung entschieden, dem neuen Regierungsmitglied Hans Hollenstein die Verantwortung für die Finanzdirektion zu übertragen. Zu Rochaden innerhalb des Regierungsgremiums kommt es damit nicht. Hollenstein tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Christian Huber (svp.) an.

Christoph Hollenstein (cvp., Zürich) wirbt für höhere Kinderzulagen. Die Familien sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Das Geld für die Zulagen fliesst zurück in die Wirtschaft.

Stefan Dollenmeier (edu., Rüti) bittet um Unterstützung der Initiative. René Isler (svp., Winterthur) schlägt als Vater dreier Kinder vor, die Kinderzulagen ganz zu streichen. Den Familien nützt es nur etwas, wenn sie höhere Steuerabzüge machen können. Auf die parlamentarische Initiative entfallen 77 Stimmen, was für eine vorläufige Unterstützung reicht. Sie wird einer parlamentarischen Kommission zugewiesen.

Politik in Gemeindeversammlungen

Ziel einer parlamentarischen Initiative von Bernhard Egg (sp., Elgg) ist es, das Mitspracherecht von Teilnehmern an Gemeindeversammlungen auszuweiten. Die heutigen Regelungen genügen den Bedürfnissen nach politischer Einflussnahme nicht mehr, hält der Initiator im Rat fest. Anfragen, die von 15 Personen mitunterzeichnet sind, sollen von der Gemeindeversammlung künftig erheblich erklärt und die dazugehörige Antwort des Gemeinderates später diskutiert werden können. Eine ähnliche Regelung im Kanton Thurgau hat sich bewährt. Felix Hess (svp., Mönchaltorf) redet von einer immer wieder auftauchenden Idee. Gemeindeversammlungen sollen nicht zu politischen Schauplätzen werden. Die vorhandenen Mittel genügen durchaus. Bürger, die Fragen stellen, bekommen Antworten. Lassen Sie die Gemeindebehörden Milizbehörden sein. Nach Ansicht von Matthias Gfeller (gp., Winterthur) ist die Idee der Initiative richtig. Demokratie lebt schliesslich vom Dialog, nicht vom Monolog. Der Vorstoss ist im Einklang mit der neuen Verfassung.

Ruedi Hatt (fdp., Richterswil) hält nichts vom Ausbau des Anfragerechtes. Wer mit der Antwort eines Gemeinderates nicht einverstanden ist, kann eine Einzelinitiative einreichen. Die Gemeindeversammlung ist kein Podium für eine Meinungsfindung. Dort soll abgestimmt werden. Richard Hirt (cvp., Fällanden) hat keine Kenntnis von Missständen in Gemeindeversammlungen. Die Anfragen haben oft kurzfristigen Charakter. Da nützt es wenig, wenn nach einem halben Jahr eine Antwort kommt. Die Forderung geht in Richtung einer Verparlamentarisierung. Diese macht Gemeindeversammlungen zu Schwatzbuden. Hans-Heinrich Rath (svp., Pfäffikon) setzt auf das direkte Gespräch. Eine Gemeindeversammlung unterscheidet sich wesentlich von einem Parlament, gibt es dort doch beispielsweise keine Redezeitbeschränkung. Gerhard Fischer (evp., Bäretswil) wundert sich, dass es lauter Gemeindepräsidenten sind, die gegen die Initiative reden. Es braucht immerhin 15 Mitunterzeichner. Das geplante neue Recht könnte also nicht von Querulanten missbraucht werden. Robert Brunner (gp., Steinmaur) zieht die Legitimität von Gemeindeversammlungsbeschlüssen in Frage, an denen sich weniger als ein Prozent der Stimmberechtigten beteiligen. Es sind nicht Missstände zu bekämpfen. Die Initiative könnte die Gemeindeversammlungen aufwerten. Die CVP hat laut Lucius Dürr (cvp., Zürich) Stimmfreigabe beschlossen. Das heutige Instrumentarium genügt nur beschränkt. Das angestrebte Mittel würde es den Stimmbürgern erlauben, vertiefte Informationen zu bekommen. Thomas Ziegler (evp., Elgg) erinnert daran, dass das Anfragerecht in der neuen Verfassung ausdrücklich erwähnt ist. Möglicher Missbrauch darf nicht Sinnvolles in Frage stellen. Wenn Anfragen eine gewisse Hürde nehmen, sind sie sehr wohl eine Antwort wert. Initiator Bernhard Egg (sp., Elgg) drückt sein Erstaunen darüber aus, dass Gemeindepräsidenten festhalten, Gemeindeversammlungen seien kein politischer Schauplatz und die Meinungsbildung müsse nicht dort stattfinden. Die Demokratie ist meiner Meinung nach nicht durch mehr Demokratie bedroht, sondern durch ganz anderes. Nach Ansicht von Hans-Heinrich Rath (svp., Pfäffikon) ist es nicht zufällig, dass Gemeindepräsidenten sich gegen den Vorstoss wehren. Die kennen das Problem eben. Die vorläufige Unterstützung der Initiative (60 Stimmen) kommt zustande. 73 Mitglieder sind dafür.

Kantonsrat soll mitreden können

Diskussionslos überweist der Rat ein dringliches Postulat an die Regierung, das die Geschäftsleitung des Kantonsrates eingereicht hat. Durch geeignete Regelungen soll dafür gesorgt werden, dass der Kantonsrat in Aushandlungen, Ratifikationen, den Vollzug und Änderungen interkantonalen Verträge und von Vereinbarungen mit dem Ausland

einbezogen wird.

Elektroschockpistolen weiterhin möglich

Katharina Prelicz (gp., Zürich) fordert in einem Postulat, die Kantonspolizei solle auf die Beschaffung von Strompistolen verzichten. Diese sogenannten Taser führen laut der Postulantin erfahrungsgemäss einerseits zu einem schnelleren Einsatz von Schusswaffen, andererseits können die Pistolen tödliche Verletzungen hervorrufen. Der jüngste Uno-Bericht wendet sich gegen die Verwendung von Strompistolen. Regula Thalmann (fdp., Uster) gibt bekannt, dass die FDP das Postulat nicht unterstützt. Der Taser ist tatsächlich eine Waffe, aber eine Alternative zur Schusswaffe. Sein Einsatz basiert auf einer gesetzlichen Grundlage. Die Schockgeräte dürfen nur von ausgebildeten Polizisten angewendet werden. Christoph Holenstein (cvp., Zürich) bezeichnet Taser als die etwas weniger gefährliche Alternative zu Pistolen. Wir werden das Postulat nicht überweisen. **Claudio Schmid** (svp., Bülach) begrüsst die Anwendung der Waffe. Mit konventionellen Waffen wäre die Rate der Todesfälle höher. Es braucht die Waffe, um die Polizei zu schützen. Laut Benedikt Gschwind (sp., Zürich) teilt ein Grossteil der SP-Fraktion die Befürchtungen der Postulantin. Grossbritannien verzichtet auf den Einsatz der neuartigen Waffen.

Ralf Margreiter (gp., Zürich) hält nichts von einer Erweiterung des Waffenarsenals. Peter Reinhard (evp., Kloten) wendet sich gegen den Eindruck, Polizisten verwendeten ihre Waffen gern. Polizisten werden in erster Linie geschult, das Schiessen zu vermeiden. Wir sollten darauf vertrauen, dass die Polizei im richtigen Moment die richtigen Mittel anwendet. Bernhard Egg (sp., Elgg) spricht für den Teil der SP, der sich gegen den Vorstoss wendet. Offenbar lagen Todesfällen Missbräuche der Waffe zugrunde. Die Geräte sind geeignet, in Fällen von häuslicher Gewalt oder bei Amokläufern eingesetzt zu werden. Esther Guyer (gp., Zürich) wundert sich, mit welcher Lockerheit vom Umgang mit der Waffe geredet wird. Polizisten sehen es ihrem Gegenüber nicht an, ob dieses einen Stromstoss gesundheitlich verträgt.

Ruedi Jeker, der Direktor für Soziales und Sicherheit, beteuert, dass die Waffen nur bei besonders gefährlichen Lagen eingesetzt werden. Ich wehre mich gegen die Aussage, dass der Polizei ein neues Folterinstrument in die Hand gegeben werden soll. Der Rat lehnt die Überweisung des Postulates an die Regierung mit 109 zu 38 Stimmen ab.

SVP-Anlauf gegen Sozialhilfemissbrauch

René Isler (svp., Winterthur) verlangt in einem Postulat, das Sozialhilfegesetz so zu ändern, dass der Kanton denjenigen Gemeinden die Sozialhilfe-Unterstützungen kürzt, welche nicht genügend gegen Missbrauch vorgehen. Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Peter A. **Schmid** (sp., Zürich) bezeichnet das vorliegende Postulat als argumentativ bedenklich und inhaltlich falsch. Wir sind nicht dagegen, den Missbrauch im Bereich Sozialhilfe zu verringern. Er ist indessen nicht grösser als in anderen Bereichen - eine Studie aus der Waadt beziffert ihn auf 1,4 Prozent. Die vorhandenen Mittel reichen zur Bekämpfung. Es braucht nicht mehr Kontrolleure, sondern mehr Sozialarbeiter. Erstunterzeichner René Isler (svp., Winterthur) streicht heraus, dass sich der Vorstoss nicht gegen Bedürftige wendet, sondern gegen die, die den Bedürftigen zu Unrecht Mittel entziehen. Der Missbrauch nimmt europaweit zu. Je anonymere eine Umgebung ist, desto grösser ist die Gefahr des Missbrauchs.

Urs Lauffer (fdp., Zürich) geht nicht davon aus, dass es Gemeinden egal ist, wie viel Missbrauch in ihrem Zuständigkeitsbereich vorkommt. Der Vorwurf der Duldung ist nur schon darum wenig wahrscheinlich, weil die Gemeinden den Grossteil der Kosten selber zu tragen haben. Die SVP betreibt billigen Populismus. Sinnvoll wäre es, die Mechanismen zur Bestrafung von Missbräuchen zu verbessern. Lucius Dürr (cvp., Zürich) spricht von einem Misstrauensvotum gegenüber engagierten Sozialhilfebehörden, das diese demotiviert. Der Vorstoss würde indirekt zu einer Aufblähung des Staatsapparates führen.

Hans Fahrni (evp., Winterthur) bezeichnet den Vorstoss als absolut überflüssig. Die

Einführung von Bussen gegen Missbrauch im vergangenen Jahr zeigt, dass wir die Sache ernst nehmen. Katharina Prelicz (gp., Zürich) wendet sich gegen das Postulat. Die Missbrauchsquote ist nicht hoch. Alfred Heer (svp., Zürich) erwähnt den sogenannten Hotelfall, bei dem eine Sozialhilfe beziehende Familie in Zürich über Wochen in einem Hotel untergebracht war. Das war zwar kein Missbrauch, schliesslich hatte das die Sozialhilfebehörde unter Urs Lauffer bewilligt. Immerhin ist auch die Regierung bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Susanne Rihs (gp., Glattfelden) erklärt, Sozialhilfebehörden prüften akribisch, ob jemand der Sozialhilfe bedarf. Willy Haderer (svp., Unterengstringen) ruft dazu auf, in den Fällen hart durchzugreifen, in denen Sozialhilfebezüger nicht kooperieren. Wo das nicht geschieht, soll der Kanton einer Gemeinde Mittel entziehen können. Unternehmer Urs Lauffer (fdp., Zürich) fühlt sich geehrt, als Sozialarbeiter bezeichnet zu werden. Die Handhabe in Zürich ist nicht zu lasch, das würden auch SVP-Behördenmitglieder bestätigen. Problematisch ist es, dass wir die Leute nicht wieder in den Arbeitsprozess integrieren können. Der Rat lehnt die Überweisung des Postulates mit 105 zu 55 Stimmen ab.

Kein Vorstoss für ein Migrationsgesetz

Mit einer Motion verlangt Christoph Schürch (sp., Winterthur) vom Regierungsrat, den eidgenössischen Räten eine Standesinitiative einzureichen, die zur Schaffung eines Bundesgesetzes über Migration führt. Unsere Integrationspolitik ist unklug, unchristlich und teuer. Die Migration muss endlich besser gesteuert werden können. Wir sind nämlich darauf angewiesen. Regula Thalmann (fdp., Uster) vertritt die Auffassung, dass ein kantonaler Vorstoss in dieser Sache wenig bringt, nachdem sich der Bundesrat deutlich gegen ein solches Gesetz ausgesprochen hat. Auch die neuesten parlamentarischen Beratungen lassen nicht annehmen, dass der Vorstoss Resonanz hätte. Katharina Prelicz (gp., Zürich) wirbt für grössere Zusammenhänge. Es ist noch nicht sehr lange her, dass auch die Schweiz Emigrationsland war. Wir brauchen Regelungen, die Migration und Integration fördern. Nach Ansicht von Blanca Ramer (cvp., Urdorf) erfüllen die laufenden Revisionen des Ausländer- und des Asylgesetzes die Anforderungen des Vorstosses. Thomas Ziegler (evp., Elgg) befürwortet ein Migrationsgesetz. Weil es sich aber eindeutig um eine Angelegenheit auf Bundesebene handelt, lehnen wir die Motion ab. Regierungsrat Ruedi Jeker bestätigt diese Haltung. Es ist politisch sinnvoll, die Diskussion auf Bundesebene zu führen, und zwar so, wie es bereits gemacht wird unter den Titeln Ausländer- und Asylgesetz. Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 99 zu 60 Stimmen ab.

Politisieren während der Arbeitszeit

Christian Mettler (svp., Zürich) hat als Mitunterzeichner eine Interpellation eingereicht, die sich gegen politische Tätigkeit von Kantonsangestellten während der Arbeit richtet (der Vorwurf richtete sich konkret gegen Reto Stocker, den Ehemann der Zürcher Stadträtin Monika Stocker). Der Kantonsrat hält in seiner Antwort fest, der kritisierte Angestellte habe nicht gegen die geltenden Bestimmungen verstossen, welche vorgeben, private Mails auf ein Minimum zu beschränken. Christian Mettler (svp., Zürich) ist von der Antwort nicht angetan.

Gegen jährliche Fahrzeugprüfung

Luzius Rüegg (svp., Zürich) setzt sich mit einem Postulat dafür ein, dass Lastwagen nicht wie in der EU üblich alle Jahre zur Motorfahrzeugkontrolle müssen. Die häufige Prüfung ist ein volkswirtschaftlicher Unsinn. Weil die entsprechenden Bestimmungen allerdings schon in Kraft sind, ziehen wir das Postulat zurück.

Verkehrsmedizinische Untersuchung

Mit einer Interpellation wehrt sich Luzius Rüegg (svp., Zürich) dagegen, dass Berufschaffeuere, wenn sie sich um einen entsprechenden Fahrausweis bewerben, sich

zu vorgegebenen Vertrauensärzten begeben müssen. Entgegen den Auskünften der Regierung stehen seines Erachtens nicht genug Vertrauensärzte zur Verfügung. Die Wartezeiten sind viel zu lang. Der Vorstoss wird als erledigt abgeschrieben.

Kürzestnachspiel zu unbewilligter Demo

Mit einer Interpellation hatte **Claudio Schmid** (svp., Bülach) Aufschluss verlangt über eine unbewilligte Demonstration bei einer Zufahrt zu einer Flughafenautobahn im Zuge von Anti-WEF-Demonstrationen. Der Regierungsrat berichtet in seiner Antwort von zwei Verhaftungen und verschiedenen noch hängigen Strafanzeigen. Der Interpellant nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr 45.

Nächste Sitzungen: 30. Mai, 8 Uhr 15 und 14 Uhr 30.
